

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 16.09.2017, Seite 7 / Ausland

Von Karin Leukefeld
18.09.2017

Deeskalation in Idlib

*Bei Gesprächen über Syrien in Astana werden neue Waffenstillstände vereinbart.
Aufständische von Katar-Krise betroffen*



Kein Staat zu machen: Delegation der »Freien Syrischen Armee« für die Gespräche in Astana (15.9.2017)

Foto: Mukhtar Kholdorbekov/Reuters

In der kasachischen Hauptstadt Astana wurden am Freitag die Gespräche für ein Ende der militärischen Konfrontation in Syrien fortgesetzt. Zur Sicherung eines neuen

Deeskalationsgebiets in der Provinz Idlib werden Russland, Iran und die Türkei »Kontrollkräfte« entsenden.

Zum sechsten Mal trafen eine syrische Regierungsdelegation und Vertreter bewaffneter Gruppen zusammen, um über Feuerpausen und Deeskalationsgebiete zu verhandeln. Garantiemächte der Astana-Gespräche sind Russland, Iran und die Türkei. Am Freitag wurde eine Vereinbarung für das Gouvernement Idlib im Nordwesten Syriens unterzeichnet, das von der »Front zur Eroberung der Levante«, vormals Al-Nusra-Front, kontrolliert wird.

Vorbereitet wurden die Gespräche mit intensiven diplomatischen Initiativen Russlands. Schwerpunkt der Reisen des russischen Außenministers Sergej Lawrow waren die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Saudi-Arabien, die weiterhin Aufständische in dem Kriegsland unterstützen und eine Einigung über Syrien bisher abgelehnt haben, solange dem Iran eine entscheidende Rolle dabei zukommt.

Bei einem Besuch in Abu Dhabi Ende August hatte Lawrow unterstrichen, dass die UN-Sicherheitsratsresolution 2254 als Basis für eine Einigung in Syrien dienen müsse. Die Opposition forderte er auf, eine »realistische« Position einzunehmen und keine Ultimaten zu stellen, die der Resolution widersprächen. »Die Syrer selber werden über die Zukunft ihres Landes entscheiden, ohne Vorbedingungen«, so Lawrow. Regierung und Opposition in Syrien müssten »am Verhandlungstisch Platz nehmen und anfangen, über die Zukunft ihres Landes zu sprechen«.

Die Deeskalationsgebiete, die in Syrien vereinbart wurden, und die mit ihrer Einrichtung einhergehenden Feuerpausen bezeichnete Lawrow als »größte Chance, um die Lage in Syrien zu verändern«. So könne der Konflikt entmilitarisiert werden. Für die Kämpfer gebe es so eine Chance, ihre Waffen niederzulegen und ein friedliches Leben aufzubauen. Das sei »vermutlich das Wichtigste, was derzeit in Syrien geschieht«. Es handele sich aber »nicht um eine ständige Maßnahme«.

Nach Gesprächen in Saudi-Arabien und Jordanien hatte Lawrow Anfang der Woche in Amman angekündigt, dass Riad einem vierten Deeskalationsgebiet in Idlib zugestimmt habe. Riad gilt mit den anderen Golfstaaten und der Türkei als Hauptsponsor der bewaffneten Gruppen in der Provinz.

Anfang Juni hatte ein golfinterner Konflikt zwischen Katar auf der einen und Saudi-Arabien und den VAE auf der anderen Seite die Finanz- und Waffenströme an bewaffneten Gruppen in Syrien zum Versiegen gebracht. Etwa zeitgleich hatte US-Präsident Donald Trump ein Ende des CIA-geführten Unterstützungsprogramms für die

Kämpfer in Syrien angeordnet. Die gegenwärtige Offensive der syrischen Armee und ihrer Verbündeten, die mit Waffenstillstands- und Amnestieangeboten einhergeht, sorgt dafür, dass immer mehr oppositionelle Kämpfer aufgeben.

Die Schaffung der Deeskalationsgebiete war bereits im Mai in Astana beschlossen worden. Neben der Zone in Idlib, die nun durchgesetzt wird, gibt es bereits jeweils eine weitere nördlich von Homs, für die östlichen Vororte von Damaskus sowie im Grenzgebiet der Provinzen Latakia, Hama und Aleppo. Anfang Juli war zudem in den südwestlichen Provinzen Deraa und Sweida durch russisch-US-amerikanisch-jordanische Vermittlung ein Waffenstillstand in Kraft getreten; das entsprechende Gebiet wird offensichtlich ebenfalls als Deeskalierungszone ausgewiesen.

Die Abkommen gelten zunächst für sechs Monate und sollen dafür sorgen, dass sogenannte moderate und terroristische Kampfgruppen voneinander getrennt werden. Von der UNO als terroristisch gekennzeichnete Organisationen wie die frühere Al-Nusra-Front und der »Islamische Staat« sollen weiter bekämpft werden. Die Deeskalationsgebiete sollen einen Waffenstillstand und die Lieferung von Hilfsgütern gewährleisten. Auch der normale Waren- und Personenverkehr soll wieder in Gang kommen.

Die Aufständischen in Idlib scheinen die ersten Ergebnisse der Astana-Gespräche in Bausch und Bogen zurückzuweisen. Gegenüber dem katarischen Fernsehsender *Al-Dschasira* sagte dort ein Mann, nichts werde sich danach zum Besseren ändern. Deeskalationsgebiete bedeuteten nur »weitere Gewalt und Zwangsumsiedlungen«.